

### 7.5.7 Die Steuergesetzänderung von 1975 nach dem Volksentscheid

Ein Jahr später passte man erneut das Steuergesetz an. Die Vorlage war eine Folge der Auseinandersetzungen der letzten Jahre und dem Scheitern vor dem Volk. Die Regierung wollte die nicht umstrittenen Änderungen hier umsetzen: die Erhöhung der Couponsteuer um einen Prozent und die Kompetenz für den Staatsgerichtshof als steuerliche Tatsacheninstanz. Zusätzlich gewährte man eine Erleichterung für Arbeitnehmer auf Abfindungen. Ernst Büchel beurteilte dies in seiner Einleitung als „gerecht und wohltuend.“<sup>358</sup> Die Kürzung der Provision für Gemeinden hatte man bereits in einem anderen Gesetz geregelt. Die Abstimmung auf Eintreten überraschte mit 10 Ja-Stimmen. Die parteipolitischen Grenzen schienen aufgeweicht worden zu sein. Die kurze Debatte überraschte.

Eine Eintretensrede hielt nur Ernst Büchel (FBP). Er war bekannt für seine sachlichen Argumentationen. Er erläuterte kurz die Änderungen und merkte seine Vorbehalte kurz an. Er schwieg zu den vorangegangenen Diskussionen. Ein kritisches Votum der VU fehlte gänzlich.<sup>359</sup>

Einzig die Erhöhung der Couponsteuer war umstritten. Karlheinz Ritter (VU) und Werner Gstöhl (VU) äusserten sich dazu, in der zweiten Lesung auch Wolfgang Feger (VU) als Stellvertreter. Herbert Kindle (VU) war ungewöhnlich ruhig. Man kritisierte die Erhöhung als Verletzung des Volkswillens. Sie sei in der Volksabstimmung abgelehnt worden, meinte Ritter. Die Erhöhung sei auch für liechtensteinische Betriebe „keine Lappalie“, komme schlecht an und gehe bereits in Richtung einer staatlichen Wirtschaftslenkung. Gstöhl argumentierte, dass die Änderung dem Steuervorteil und Steuerstandort schade. In der zweiten Lesung argumentierte man weiter, dass man die Vermögensbildung von Privaten behindere, während man zu den pro Kopf am höchsten verschuldeten Ländern gehöre, und dass der Ruf als „stabiler, solider Finanzplatz“ gefährdet würde.<sup>360</sup>

Der Regierungschef gab erst in der zweiten Lesung eine Stellungnahme ab. Er begegnete vor allem dem Vorwurf, dass die Couponsteueränderung bereits bei der Abstimmung verworfen wurde. Er meinte dazu, dass diese Änderung kaum umstritten war, und vor allem die Fahrzeugsteuer kritisiert wurde. Kieber verwies auf die Konjunkturalneutralität der Steuer und betonte die zusätzliche Million für den Staatshaushalt. Dazu machte er auch eine überraschende Anmerkung zur Finanzpolitik: „Aus der Zielsetzung eines

---

<sup>358</sup> Ltp vom 11/12.12.75, S. 858.

<sup>359</sup> Ltp vom 11/12.12.75, S. 857-858.

<sup>360</sup> Ltp vom 22.12.75, S. 924.